

Haushaltsrede 2009

Stand 10.12.08

Herr Landrat,

meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Kreistages.

Ich wollte zum Haushalt reden muss aber erst Stimmungsmache einige Gedanken zum Verfahren verlieren, denn ich halte es für die Pflicht der Politik im Kreis zu den Abläufen, der Instrumentalisierung der Räte, der falschen Darstellungen aus dem einen oder anderen Bürgermeistermund, nicht zu schweigen.

Ein Sprichwort sagt:

Wo die Pflicht verlangt zu sprechen, da ist Schweigen ein Verbrechen

Ich halte es für meine, für unsere Pflicht zu sprechen!!!

Und wenn das so ist, hier einige klarstellende Worte.

Die Stellungnahmen der Bürgermeister zum Kreishaushalt wurden in der Vergangenheit immer als ernsthafte Beiträge zur Haushaltsplanberatung angesehen und gewichtet. Das war zunächst auch in diesem Jahre der Fall. Deshalb gibt es überhaupt keinen erkennbaren Grund zu der Feststellung von Bürgermeister Berlage aus Drensteinfurt, der Kreis habe sich mit den Vorschlägen der Bürgermeister nicht befasst.

Westfälischer Anzeiger vom 28.11.08.

Ich zitiere mit Ihrer Genehmigung Herr Landrat:

„Mit unsern Argumenten hat sich der LR gar nicht auseinandergesetzt“

Das, verehrter Herr Bürgermeister ist schlichtweg Unsinn und das wissen Sie auch! Denn die im Detail dazu gefertigte Gegenargumentation des Landrates, die uns am 14.11.vorlag und auch den Bürgermeistern. bekannt war, hat Punkt für Punkt die Argumente aufbereitet und schlüssig widerlegt.

Wie kann man dann ernst genommen werden wollen, wenn man 10 Tage später in der Presse solche Behauptungen aufstellt und zwar gegen besseres Wissen?

Diese Argumente haben die Fraktionen in ihren Beratungen gewichtet und auf Schlüssigkeit überprüft. Kein einziger Sparvorschlag der Bürgermeister konnte in den meisten Fraktionen und damit in der großen Mehrheit des Kreistages überzeugen. Das muss doch stutzig machen – oder nicht?.

Die Behauptung des Sprechers der Bürgermeister, der Kreis habe der Eröffnungsbilanz um 814.000 € zu Gunsten des Kreises dargestellt und das Wort „**gestaltend**“ bewusst anders, nämlich als für den eigenen Vorteil, interpretiert, ist inhaltlich und fachlich falsch.

Das weiß Herr Hoffstädt inzwischen auch, denn er wurde auf diese falsche Feststellung vom Kämmerer schriftlich hingewiesen.

Trotzdem war dieser inhaltlich falsche Hinweis der Bürgermeister in einigen Räten Grundlage einer entsprechenden Beschlussempfehlung.

Ich bin all den Bürgermeistern dankbar, die das unwürdige Verfahren als politisches Machtmittel bewusst nicht gewählt haben. Offensichtlich konnte man in Telgte, Oelde und Wadersloh und mit Einschränkung in Sassenberg der Versuchung widerstehen, politische Spielchen vor Sachlichkeit zu stellen.

Dass Herr Hoffstädt als Initiator dieses Verfahrens und ebenso Herr Banken im eigenen Rat ganz deutlich nicht überzeugen konnten, spricht nur für die Qualität und die Weitsicht des Ehrenamtes. Dafür ein herzlicher Dank an die Räte in Ostbevern und Everswinkel.

Der Kreis hat die Bilanz mit den Bürgermeistern gemeinsam und unter Einschaltung eines von ihnen benannten Wirtschaftsprüfungsunternehmens, quasi als Akt der vertrauensbildenden Maßnahme, beraten.

Die Bürgermeister hatten somit sogar einen eigenen Fachberater als Kontrollorgan beauftragt. Das hat es nirgendwo gegeben! Wir wollten das aber so, um das Fundament in der Eröffnungsbilanz gegen jeden Verdacht, der Kreis rechne sich in die eigene Tasche, sicher aufzustellen.

Und dann dieser völlig unberechtigte Vorwurf!!!

Das, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, haben Landrat und Kämmerer nicht verdient! Diesen Vorwurf weist die CDU-Fraktion auf das Entschiedenste zurück.

Aber so wurde eben, das ist unser Eindruck, bewusst gegen den Kreis Stimmung gemacht, wobei das Motiv für uns leider nicht nicht erkennbar und damit erklärbar wird.

Diese Stimmung wird erneut durch Herrn Bürgermeister Berlage angeheizt, wenn er im Westfälischen Anzeiger vom 28.11.08 feststellt, dass der Kreis die Überschüsse gar nicht in die Rücklage bringen dürfe und man ggfls. dagegen klagen müsse.

„Als Umlagehaushalt darf der Kreis aber keine Reserven halten“

Auch hier bin ich über das Ausblenden der Rechtslage die ich ja bei einem Bürgermeister als geistigen Besitzstand unterstellen muss, erstaunt:

Der Finanzausschuss des Landkreistages hat in seiner Sitzung vom 09.05.2007 im TOP 3 zu der Frage Stellung bezogen, auch und gerade zur Verwendung der Überschüsse und der Gestaltungsfreiheit des Haushaltes durch den Kreis.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Landrat, aus dem Erlass des

Der Haushaltsausgleich ist vielmehr für Gemeinden wie für die Kreise vorrangig durch ausreichende Erträge (Kreisumlage als einzig nennenswerter Ertrag bei uns!!) sicherzustellen, nicht durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage, die lediglich den Haushaltsausgleich fingieren mag.

Eine vorrangige Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wäre mit der selbständigen Haushaltswirtschaft der Kreise unvereinbar,

Gleiches gilt selbstverständlich auch für die allgemeine Rücklage eines Kreises.

Wir beschließen also mit der Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 1,8 Millionen für 2007 nichts Unrechtmäßiges, was man per Klage quasi wieder zurückholen könnte.

Wir befinden uns auf dem Boden der Gemeinde- und Kreisordnung und damit auf gesicherter und vom Innenminister als Kommunalaufsicht getragener Rechtsausfassung.

Dabei will ich bewenden lassen, denn es ist unsere Pflicht nach vorne zu sehen,

„Politik hat nicht zu rächen, was geschehen ist, sondern zu sorgen, dass es nicht wieder vorkommt“ sagte schon Bismarck und das war ja bekanntlich ein schlauer Fuchs.

Fazit: Alle sollten daraus lernen, dass Druck von außen nach innen verdichtet. Die Beschlüsse der Fachausschüsse, aber insbesondere der heutige Beschluss zum Gesamthaushalt wird eines deutlich machen:

Der Kreistag, der Landrat, niemand der hier verantwortlich handelt, braucht die ständigen Ermahnungen, die Interessen der Städte und Gemeinden zu beachten. Wir verstehen uns als

Verantwortungsgemeinschaft und haben den Städten und Gemeinden unsere Partnerschaft angeboten und vorgelebt.

Partnerschaft aber verbietet die bewusste Instrumentalisierung, die Inszenierung auf Kosten des Anderen und genau das ist vielfach geschehen.

Es hat unsere kommunale, aber auch die parteiinterne Partnerschaft erheblich beschädigt.

Es ist unsere gemeinsame Pflicht, das offen als Kritik vorzutragen und nun in der Nachbewertung mit den Bürgermeistern sicherzustellen, dass dieses Verfahren sich nicht wiederholt, denn es ist der vertrauensbildenden Absicht unserer Gespräche nicht dienlich und schadet insgesamt der kommunalen Familie.

Nun zum Haushalt:

Wir haben fünf dicke Brocken in der Ausgangsbetrachtung:

1. Wegbrechende Landes und Bundeszuschüsse sowie Kostenbeteiligungen.
2. Tarifabschluss für die Beschäftigten und mit Sicherheit die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für die Beamten
3. Gebremster Anstieg der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisungen bei gleichzeitiger weiterer Befrachtung durch das Land.

Ich erinnere

- an 60 Millionen Bildungspauschale, die aus der Verbundmasse herausgenommen wurden. Damit steht dieser Betrag nicht für eine Verteilung nach dem GFG zur Verfügung, von dem wir auch als Kreis profitiert hätten

oder

- an der Verweigerung der vollen Weitergabe der Bundesmittel für die U-3-Betreuung an die Kommunen. Hier hat der Finanzminister erst einmal von den 22 Millionen 17 Millionen für sich abgeschöpft. Bei Weiterleitung der Zweckmittel des Bundes bräuchten wir heute über die noch 100 fehlenden U-3-Plätze nicht debattieren.

Da befinden wir uns in sehr enger Erwartungsgemeinschaft mit der gesamten kommunalen Familie.

Ich komme da aber noch einmal drauf zurück.

4. Mehr Geld für Kinderbetreuung durch das Umsetzen von Kibiz
5. Mehr Geld für die behinderten Menschen, hier spreche ich von der Umlage für den Landschaftsverband Westfalen Lippe

Wir haben bei dieser Ausgangslage die finanzwirtschaftliche Zielsetzung interfraktionell zwischen CDU, SPD, FDP und Grünen abgestimmt.

- I. **Keine neuen Schulden**
- II. **Weiterführung des Schuldenabbaus**
- III. **Stärkung der Rücklage**
- IV. **Verbesserung der Liquidität bei gleichzeitiger**
- V. **maßvoller Gestaltung der Kreisumlagebelastung**

Bei der Ausgangslage und bei strikter Beibehaltung der finanzwirtschaftlichen Zielsetzungen haben wir heute einen Haushaltsplan zur Verabschiedung vorliegen, der sowohl die Ausgangslage als auch die Ziele berücksichtigt.

Wir stellen damit richtigerweise Geld ein für die Pensionsrückstellungen. Das ist keine freiwillige Leistung, das ist unsere **Pflicht**.

Allein diese Position ist hoch risikobehaftet, denn verwirklicht sich der Tarifabschluss auch für die Beamten wie unterstellt, fehlen uns für die Pensionsrückstellung schon 2009 weitere 1,75 Millionen €!

Das hat der Kämmerer im Kreisausschuss auf Nachfrage nochmals deutlich als Risiko herausgestellt!

Wir wollen und wir dürfen nicht diese Lasten auf spätere Generationen verschieben.

Ich will das nicht weiter ausführen, jeder weiß was unter nachhaltiger Finanzpolitik verstanden werden muss. Das setzen wir hier mit breiter Mehrheit um.

Die Stellungnahme der Bürgermeister konnten wir auch in diesem Punkt nicht berücksichtigen.

Wir berücksichtigen den Tarifabschluss für die Beschäftigten und gehen selbstverständlich nach den Empfehlungen auch der Landesregierung davon aus, dass im Wahljahr 2009 den Beamten von der Landesregierung nicht wieder ein Sonderopfer abverlangt wird

Übrigens auch hier im Runderlass des Innenministers vom 2.10.2008, – den so genannten Orientierungsdaten für 09 – der den Bürgermeistern vorliegt und bereits durch die Landesregierung erwähnt:

Des Weiteren ist im Beamtenbereich im nächsten Jahr mit Besoldungserhöhungen zu rechnen

Die Forderung der Bürgermeister auf Nichtberücksichtigung dieser Ansätze ist nicht realistisch!

Wir geben für die Kinderbetreuung mehr Geld aus.

Wer wollte das denn nicht? Wir haben doch auf allen Ebenen dafür gestritten, verlässliche und pädagogisch verbesserte Angebote für unsere Kinder zu ermöglichen.

Das hat die Landesregierung auch mit ihrem Programm vorbildlich getan. Zum Regierungswechsel hatten wir lediglich 2,8 % Plätze für U–3–Betreuung. Die Versorgungsquote 2008 liegt in NRW bei 12,7 % das sind 44.600 Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder und 14.145 Plätze in Kindertagspflege.

2009/2010 wird dieses hervorragende Ergebnis um weitere 11.000 Plätze in Tageseinrichtungen und weitere 3.855 neue Plätze in der Kindertagespflege noch weiter ausgebaut. Damit verfügen wir über eine Versorgungsquote von 16.10 %.

Das Ergebnis ist für den Kreis Warendorf insgesamt in der Quote besser als im Landesdurchschnitt.

Warum dann die kritischen Töne in Richtung Düsseldorf???

Ganz einfach:

Wir haben auf Veranlassung der Landesregierung intensive Bedarfsermittlungen mit viel Aufwand durchgeführt. Damit natürlich auch viel Erwartungshaltung geweckt und den Eindruck bei den Eltern bestärkt, es stünden ausreichend Plätze zur Verfügung.

Wenn auf Bundesebene darüber hinaus ein gesetzlicher Anspruch diskutiert wird und gleichzeitig die zweckgebundenen Mittel des Bundes für die U–3–Betreuung in Düsseldorf weggefiltert und bedarfsermittelte Plätze dadurch nicht vollständig bereitgestellt werden, dann wird das sehr gute Ergebnis gegenüber der Ausgangslage von den Menschen zur Kenntnis genommen, der Fehlbestand aber sehr kritisch bewertet, weil eine Erwartungshaltung nicht überzeugend befriedigt wird.

Unser gemeinsames Anliegen mit dem Landkreistag und den Spitzenverbänden ist die Forderung an die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, diesen Ansatz noch einmal zu überdenken und 2009 zu einer bedarfsgerechten Versorgung zu kommen.

Wir akzeptieren aber nicht die Kritik der Bürgermeister an der Entwicklung der Jugendamtsumlage,

Wer vor Ort als erfolgreicher Bürgermeister u. a. mit Kindergartenplätzen punkten will, darf über die Jugendamtsumlage nicht stöhnen.

Wir brauchen mehr Geld für die Versorgung der behinderten Menschen.

Die LWL-Umlage – ich bekenne offen, ich kann es nicht mehr hören – wird ständig in der Stellungnahme der Bürgermeister als Bedrohung gedeutet und als dunkle Wolke am Finanzhimmel dargestellt.

Der LWL ist für mich keine Bedrohung, keine dunkle Wolke am Himmel.

Er ist **unser** erfolgreicher kommunaler Dienstleister für die Menschen in **unseren** Städten und Gemeinden.

Die Bürgermeister lassen sich allzu gern in den Städten und Gemeinden bei Besuchen in den Einrichtungen ablichten und pflegen damit den Eindruck kommunaler eigener Leistung.

Wenn es aber an das Bezahlen dieses Angebotes vor Ort geht, dann setzt das Lamentieren ein.

Das ist der falsche Weg dass ist keine ehrliche und sachliche Diskussion. Das muss ein Ende haben!

Wir wollen als Gesellschaft die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Teilhabemöglichkeiten für unsere behinderten Mitmenschen.

Daher müssen wir auch das Geld dafür bereitstellen.

Wer das nicht will, muss das den Menschen vor Ort ehrlich sagen, aber nicht dieses Feindbild pflegen, als sauge uns der LWL aus.

Der erfüllt nur das, was wir vor Ort erwarten, denn die benachteiligten Menschen wohnen ebenso in Ostbevern wie in Drensteinfurt, in Ahlen und in Beckum. Wer wollte denn hier ernsthaft gegen die neue LWL Schule z. B. in Oelde das Wort ergreifen? Die ist wichtig! Das muss aber solidarisch bezahlt werden.

Wir sind unseren Vertretern in der Landschaftsversammlung dankbar für die erkennbaren Konsolidierungsbemühungen im Haushalt des LWL und die nachvollziehbaren Kostenreduzierungen durch klare Vorgaben an die freien Träger.

Warum will das vor Ort niemand zur Kenntnis nehmen meine Damen und Herren?

Ich wollte mit diesen wenigen Beispielen aus dem Kritikkatalogs der Bürgermeister verdeutlichen, dass wir uns sehr sorgfältig in der Sache und im Detail mit jeder Haushaltsstelle befasst und dabei jedes Argument der Bürgermeister mit dem Argumentationspapier des Landrates abgeglichen haben.

Herr Berlage allerdings geht davon aus, dass die Argumente der Kommunen im Kreistag kein Gehör finden:

Irrtum, Herr Bürgermeister, auch hier klar vorbei gesprungen!!!

Ich will ebenfalls deutlich machen, dass wir trotz der Ausgangslage und der Sicherung der finanzwirtschaftlichen Grundsatzentscheidungen ein Leistungsangebot vorhalten, das keinen Vergleich scheuen muss.

Wir sichern nicht nur die Leistungen des Kreises auf hohem Niveau, was allein schon ein Erfolg wäre, wir bauen weiter aus.

Das Sorgentelefon für Kinder-, die Kummer-Nummer des Kinderschutzbundes, ergänzt zukünftig unser niederschwelliges Angebot im Frühwarnsystem.

Ein Fall Kevin sollte im Kreis nicht möglich sein.

Wir sichern das Beratungsangebot der Telefonseelsorge.

Auch das ein Angebot in schwieriger Zeit für Menschen in Not. Mit weiteren 900.- € helfen wir, das Angebot auch für die Zukunft zu sichern.

Mit jeweils 35.000 Euro für die nächsten 3 Jahre (also 115.000 über den Zeitraum) versuchen wir das kreisweite Beratungsangebot der Verbraucherzentrale in Ahlen zu ermöglichen und verbinden die Beratungsangebote auch mit der Zielsetzung des EEA (European Energy Award), unserem Ziel der Zertifizierung. Die vertragliche Bindung entspricht unserem Antrag, denn wir wollten nicht wieder in eine pauschale Förderung fremder Personalkosten einsteigen. Wir bestellen Leistung konkret und bezahlen korrekt.

So wird ein Schuh daraus, wie der Landrat zu sagen pflegt.

40.000 Euro beträgt der einmalige Investitionszuschuss für die Arbeit des Hospiz in Ahlen.

Die CDU stimmt – anders als im Fachausschuss – zu, weil es jetzt zu dem interfraktionell verhandelten Gesamtpaket der Haushaltsvereinbarung mit den Fraktionen von FDP, Grüne und SPD gehört.

Unsere grundsätzlichen Bedenken sind allerdings nicht ausgelöscht, denn es ist und bleibt keine Kreis Aufgabe.

Wir können auch zustimmen, weil natürlich auch in einem stationären Hospiz unglaublich viel ehrenamtlicher Einsatz geleistet wird, den wir hier besonders gewürdigt sehen wollen.

Das Antragsverfahren ist ebenso wie das Ansinnen der Bürgermeister, das als Kreis Aufgabe zu definieren, deutlich zu kritisieren.

Wir sehen auch die Folge des heutigen Beschlusses:

Der nächste Antrag für das Kinderhospiz „Königskinder“ mit 12 Plätzen in Telgte wird kommen.

Wer wollte denn bei einem entsprechenden Antrag jetzt begründet Nein sagen.

Der heutigen Entscheidung werden weitere zwangsläufig folgen. Das haben wir vor allem denjenigen gesagt, die gleichzeitig die Kreisumlage kritisierten, aber versuchten, eine neue Kreiszuständigkeit zu begründen.

Wenn Bürgermeister Ruhmöller die GemHVO so gut kennt, dann frage ich mich, warum er nicht einen Leistungsvertrag mit dem Hospizverein abgeschlossen hat und dann 100.000 €, über 20 Jahre haushaltsmäßig veranschlagt, als Zuschuss gewährt hat?

5.000 € im Ergebnisplan der Stadt wären allemal möglich und zumutbar, im Ergebnisplan des Kreises tun 40.000 Euro aber schon weh.

Wir errichten 3 Pflegestützpunkte im Kreis als Beratungsangebot für unsere Bürgerinnen und Bürger und folgen damit der gesetzlichen Vorgabe.

Das kostet zusätzliches Geld und natürlich weiteres Personal.

Die Angebote werden in Ahlen, Beckum und Warendorf vorgehalten werden. Dazu stellen wir zunächst 50.000 € zur Anschubfinanzierung zur Verfügung, im HHPI 2010 wird dafür dann ein wesentlich höherer Betrag ausgewiesen werden müssen.

Wir bauen das Beratungsangebot der Erziehungsberatung in den Familienzentren weiter aus.

Wir helfen Pari-Sozial mit einem erhöhten Zuschuss für das Beratungszentrum für Alleinerziehende und andere Familien.

Wir bauen die Förderung des bürgerschaftlichen getragenen Radwegbaus mit jetzt 160.000 € Volumen weiter aus.

Wir haben als CDU die Weiterentwicklung des Kreises als familien-freundlichem Kreis im Auge.

Auf diesem Hintergrund möchten wir die Teilnahme und die Verzahnung im Zertifizierungsverfahren des Landes im Rahmen des Programms „**Familienfreundliche Kommune**“ sicherstellen.

Dieses Projekt ergänzt unsere vielfältigen Bemühungen und soll mit 10.000 € auf den Weg gebracht werden.

Mit den Grünen sind wir uns einig, einen Sozialatlas durch die Verwaltung erstellen zu lassen.

Ebenso einig sind wir uns in der Auffassung, dass wir den **Umweltpreis in einen größeren Kontext stellen und zu der größeren, erweiterten Zielsetzung des Klimaschutzpreises entwickeln.**

Wir investieren in Bildung durch die Fortführung der Baumaßnahmen am Berufskolleg Beckum, übrigens auch eine Maßnahme, die wir im Jahr 2008 gegen den Empfehlungsbeschluss der Bürgermeister, die um Verschiebung auf die Zukunft plädiert haben, durchsetzten. 6 Millionen Euro sind hier vorgesehen.

Eine Zukunftsinvestition, die wir für notwendig gehalten haben!!

Mit dem Kraftakt um die Einrichtung weiterer Studienplätze im Kreis haben wir auch erfolgreich in Bildung und Standortsicherung investiert. Dies geschah bei engagiertem Einsatz der Wirtschaft und in anerkennenswerter Weise des Unternehmers Dr. Festge mit Unterstützung und durch die Koordination der Kreisverwaltung, der GfW und dem persönlichen Einsatz des Landrates, indem er dieses Projekt in der Kreisverwaltung zur Chefsache erhob, Verbindungen zum RP und zur Landesregierung nutzte. Dafür ist hier und heute ganz herzlich zu danken.

An den Standorten Ahlen, Beckum und Oelde werden zusätzlich 110 Fachhochschulstudienplätze errichtet und – ebenfalls für unseren Kreis wichtig – in Hamm und Lippstadt wird eine neue Fachhochschule mit 2500 Plätzen vor „unserer Haustür“ etabliert.

Das ist ein tolles Ergebnis für den Kreis und die Region!

Das sind gute Nachrichten für die Wirtschaft und die jungen Menschen!

Dank auch an die beteiligten Unternehmen in den Städten, die mit zugesagten Mitteln von 1,8 Millionen Euro für die nächsten 3 Jahre einen erheblichen und überzeugenden Anteil an dieser Entscheidung der Landesregierung haben.

Wir investieren in Verkehrsinfrastruktur, mit der Fortsetzung des Ausbaus der K 4

Hier finanzieren wir vor. Das kostet Geld. Nur habe ich aus Ahlen und Sendenhorst nicht gehört, dass wir hier nicht investieren sollten, was ja auch den Kreishaushalt mit Millionen belastet.

Wir sichern im Haushalt 2009 die Entwicklung des Integrationskonzeptes.

Die ersten Ergebnisse einer gezielten Bestandserhebung liegen jetzt auf dem Tisch. Im Frühjahr wird das erste „Gipfeltreffen“ der Beteiligten auf dem alten Rittergut „Kulturgut Haus Nottbeck“ stattfinden.

Der Katalog erfolgreicher Politikprojekte ließe sich fortführen, die Zeit verbietet aber weitere Ausführungen.

Als Fazit stelle ich für die CDU–Fraktion fest:

Unter Betrachtung der Ausgangslage, der Beachtung der finanzwirtschaftlichen Rahmenvorgaben, die wir gemeinsam als Grundlage vereinbarten, und der Berücksichtigung der berechtigten Anforderungen an die Weiterentwicklung sozialer Angebote, bei gleichzeitiger sorgfältigster Einzelfallprüfung der Anmerkungen der Bürgermeister, haben wir keinen Sparvorschlag aus der Liste der Bürgermeister umsetzen können.

Wir haben aber mit 600.000 € Volumen umlagewirksam den eigentlich notwendigen Erhalt des Titels Straßenunterhaltung gekürzt.

Ich betone, **einmalig**, weil schon jetzt nur mit äußersten Bedenken und nur schwer vertretbar diese Entscheidung getragen wird, um überhaupt ein Senkungspotential zu erschließen.

Der Landrat hat wie versprochen vorgeschlagen, die Verbesserungen aus der Nachzahlung der Landeszuweisungen weiterzugeben.

Mit diesen 0,4 Punkten Verbesserungen und der einmaligen Streichung von 600.000 Euro erreichen wir eine Entlastung gegenüber dem Entwurf von 0,6 Punkten.

Gleichzeitig erhalten die Städte und Gemeinden durch die verbesserten Zuweisungen des Landes erheblich mehr Mittel:

Ahlen	409.000 €
Beckum	262.000 €
Drensteinfurt	94.169 €
Warendorf	265.000 €

Zusätzlich gibt es nicht unerhebliche Mittel aus der Bildungspauschale:

Ahlen	150.000 €
Beckum	106.000 €
Drensteinfurt	33.000 € und
Warendorf	136.000 €

Auch das sollte vor Ort zur Kenntnis genommen werden!

Haben die Bürgermeister in der ersten Stellungnahme 1,4 Punkte Spar-potential gesehen, hatte sich laut Glocke vom 13.11. die Erwartung nach Bürgermeister Banken's Einschätzung schon wesentlich reduziert.

„Die Kreisumlage muss nicht gesenkt werden, aber stabil bleiben.“

Warum hat diese grundsätzliche Veränderung der Einschätzung niemand den Räten mitgeteilt?

Das hätte sehr geholfen in den Diskussionen vor Ort und in der Fraktion.

Bürgermeister Banken forderte wenige Tage vor dieser Mitteilung seine Gremien zur Resolution gegen den Kreis auf.

Einen Tag später wird er in der Presse als Gipfelstürmer gefeiert, der vor lauter guter Finanznachrichten die Täler der Finanzbedrohungen nicht mehr erkennt, allenfalls noch erahnen kann.

Wie ernst müssen wir angesichts dieser Erkenntnisse zukünftige Stellungnahmen überhaupt noch nehmen?

Wenn also von 0,9 Punkten Erhöhung zum Haushalt 2009 im Entwurf ausgegangen werden musste, nun aber nur 0,3 Punkte tatsächlich erhöht werden müssen, dann haben wir die Erwartungshaltungen deutlich erfüllt.

Das zeigt einmal mehr, dass und was wir auch ohne Druck aus Verantwortung gegenüber unseren Heimatkommunen können und wollen.

Die heutige Abstimmung mit der überwiegenden Mehrheit des Kreistages aus den Fraktionen CDU, FDP Grünen und SPD wird sehr deutlich machen:

Wir wollen eigenständig, unbeeinflusst und sachkundig unsere Aufgabe zur Kreispolitik und zur selbst gestalteten und verantworteten Finanzpolitik mit Augenmaß wahrnehmen.

Wir sind als Kreis auch 2009 gemeindefreundlich aufgestellt und sind sicher, dass eine erneute Prüfung der Gemeinde-Prüfungs-Anstalt auch heute das Testat – wie 2007 – vergeben würde:

„Insgesamt liegen die Einnahmen des Kreises deutlich unter dem Durchschnitt aller Kreise, ebenso das Umlagevolumen ...

Wir haben den Eindruck gewonnen, dass die Kreisumlage einen angemessenen Beitrag von den kreisangehörigen Kommunen abschöpft.“ (Ende des Zitats)

Damit erfüllt unser Kreishaushalt genau die Anforderungen, die die Bürgermeister fordern:

„Vorausschauend, solidarisch, gerecht“ und – ich füge hinzu – nachhaltig berücksichtigt er die Interessen der Städte und Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger des Kreises.

Ich komme zum Schluss

Ich bin den Vorsitzenden der den Haushalt tragenden Fraktionen für die faire, sehr intensive und zeitaufwendige Bereitschaft zum ergebnis-offenen Dialog mit dem ernstesten Willen sich zu einigen dankbar.

Das ist – insbesondere 6 Monate vor der nächsten Kommunalwahl – durchaus nicht selbstverständlich und daher besonders erwähnenswert.

Das Interesse an sachgerechter Politik aber auch der verstärkte Wille durch Geschlossenheit eindrucksvoll zu demonstrieren, das Druck von außen nach innen hin verdichtet und Solidarität erzeugt, hat uns zu dieser gemeinsamen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss veranlasst.

Ich bin sicher, dass das heutige Abstimmungsergebnis diese Entschlossenheit eindrucksvoll widerspiegelt.

Ein Friedensschluss erfüllt niemals alle Wünsche, wird niemals allen Berechtigungen gerecht – auch das sagte Bismark.

So wird das sicher auch für diese Haushaltsplanberatungen gelten.

Ich hoffe aber sehr, dass wir mit diesem Haushalt auch den Schlussstrich unter die kommunale Auseinandersetzung ziehen können.

Die CDU Fraktion wird dem Haushaltsplan 2009 in der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses zustimmen.

Dank gilt Ihnen, Herr Landrat und der von Ihnen geführten Verwaltung und unseren Dezernenten, die uns über das ganze Jahr begleitet haben und insbesondere bei den Haushaltsplanberatungen auch über die Normarbeitszeit hinaus – auch am Wochenende – für die Fraktion mit Sach- und Fachverstand zur Verfügung gestanden haben.

An meine Fraktionsfreundinnen und –freunde richte ich einen besonderen Dank für die sachliche, faire und gemeinschaftlich getragene Entscheidung zum Haushalt – auch wenn dieses Jahr die Beratungen so schwierig und emotionalisiert waren, wie in den letzten 15 Jahren nicht.

Das war für uns alle schwere Arbeit.

Jetzt hat sich die freundschaftliche Verbundenheit als belastbar erwiesen. Ich denke, dass das Ergebnis den Einsatz wert war.

Wie immer wart ihr auch 2008 ein verlässliches und einsatzwilliges Team zum Wohl der Menschen für die wir Verantwortung tragen.

Ihnen und Ihren Familien, Euch und Euren Angehörigen eine friedvolle Advents- und Weihnachtszeit und einen gesunden Wechsel in das Jahr 2009.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.